

Einwohnerrat Pratteln

Votenprotokoll Nr. 457

**Einwohnerratssitzung vom Montag, 12. Dezember 2016, 19.00 Uhr
in der alten Dorfturnhalle**

Anwesend	38/36/38 7	Personen des Einwohnerrates Personen des Gemeinderates
Abwesend entschuldigt	Einwohnerrat: Eva Keller und Claude Weisskopf Gemeinderat: -	
Vorsitz	Jens Dürrenberger	
Protokoll	Katarina Hammann	
Weibeldienst	Martin Suter	

Bereinigtes Geschäftsverzeichnis

- | | | |
|----|--|------|
| 1. | Bericht der RPK zum Aufgaben- und Finanzplan 2017 – 2021 | 3021 |
| | Aufgaben- und Finanzplan 2017 – 2021
- Korrigenda vom 3. November 2016
- Korrigenda vom 12. Dezember 2016 | |
| 2. | Postulat der Unabhängigen und Grünen, Fabienne Zahnd, betreffend „Sicherer Schulweg zum Grossmattschulhaus, vom Weiherweg her kommend“ | 3023 |
| 3. | Beantwortung Interpellation der Fraktion Unabhängige und Grüne, Benedikt Schmidt, betreffend „Abbruch des Piratenschiffs: Wie weiter?“ | 3024 |
| 4. | Beantwortung Interpellation der SP-Fraktion, Mauro Pavan, betreffend „Zolli-Besuche durch Schulklassen“ | 3027 |
| 5. | Fragestunde | |

Neue parlamentarische Vorstösse

- Interpellation der Fraktion der Unabhängigen und Grünen, Benedikt Schmidt, betreffend „Amtlich bewilligter Schildbürgerstreich“ vom 4. Dezember 2016
 - Interpellation der SP-Fraktion, Mauro Pavan, betreffend „Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform III (USR III) für die Gemeinde Pratteln“ vom 10. Dezember 2016
-

Begrüssung durch Jens Dürrenberger, Präsident

Liebe Einwohnerratskolleginnen und -kollegen, liebe Gemeinderätin und Gemeinderäte, liebe Pressevertreter und liebe Gäste. Ich begrüsse sie zur letzten Sitzung in diesem Jahr, die 457. Sitzung. Im Anschluss an die Sitzung findet der traditionelle Weihnachtsapéro statt. Es ist ebenfalls Tradition, dass die Dezembersitzung musikalisch eröffnet wird. Ich freue mich, dass einmal mehr die Schülerinnen und Schüler der Kreismusikschule Pratteln-Augst-Giebenach dies übernehmen. Heute hören wir das Ensemble bestehend aus: **Silvan Degen, Till Fiechter, Pascal Leonhardt, Samuel Richards, Claudio Treccarichi, Cédric Weisskopf, Leandro Zürcher, Rhea Koch, Mirjam Berweger, Bastian Schild, Seraina Mangold, Maurice Weisskopf**. Das Ensemble wird betreut von **Martin Huber**. Nach Beendigung ihrer Musikvorführung geht an die Spielenden ein grosser Applaus; sie werden mit einem kleinen Präsent verabschiedet.

Präsenz

Es sind zurzeit 38 Personen des Einwohnerrates anwesend und der Rat ist beschlussfähig. Das einfache Mehr beträgt 20, das 2/3-Mehr 26 Stimmen.

Mitteilungen

- Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission der Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde: Im Vertrag über die Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) steht in § 11 Abs. 2, dass die Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission der KESB aus je einem Mitglied der Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission der drei bevölkerungsreichsten Gemeinden (Frenkendorf, Liestal, Pratteln) besteht. Die RPK Pratteln hat als Delegierten in die KESB-RPK gewählt: **Werner Graber**.

Neue parlamentarische Vorstösse

- Interpellation der Fraktion der Unabhängigen und Grünen, Benedikt Schmidt, betreffend „Amtlich bewilligter Schildbürgerstreich“ vom 4. Dezember 2016
- Interpellation der SP-Fraktion, Mauro Pavan, betreffend „Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform III (USR III) für die Gemeinde Pratteln“ vom 10. Dezember 2016

Bereinigung des Geschäftsverzeichnisses

3022 Postulat der SP-Fraktion, Eva Keller-Gachnang, betreffend „Schnellzugshalt in Pratteln“

Jens Dürrenberger: Da Eva Keller heute nicht anwesend ist und darum gebeten hat, das Geschäft 3022 an der nächsten Sitzung zu behandeln, beantragt das Büro das Geschäft 3022 abzusetzen.

Antrag Büro

Abstimmung über den Antrag des Büros

Der Rat beschliesst auf Antrag des Büros mit grossem Mehr und einer Enthaltung:

://: Das Geschäft 3022 wird vom Geschäftsverzeichnis abgesetzt.

Es gibt keine weiteren Bemerkungen zum Geschäftsverzeichnis und daher wird nach dem bereinigten Geschäftsverzeichnis verfahren.

Beschlüsse

Geschäft Nr. 3021

Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2017

- 2021: - Bericht der RPK zum AFP

- Korrigenda vom 3. November 2016

- Korrigenda vom 12. Dezember 2016

Aktenhinweis

- Bericht der RPK vom 17. November 2016
- Korrigenda vom 3. November und 12. Dezember 2016

Auf dem Referentenplatz befinden sich der Präsident der RPK, Philippe Doppler und die Abteilungsleiterin Finanzen, Sandra Nippel.

Das Büro beantragt Eintreten und Direktberatung.

Philippe Doppler als Präsident der RPK: Mit dem vorliegenden AFP beraten wir heute erstmalig den Voranschlag mittels Globalbudgetierung. Nach intensiver Erarbeitung einer neuen politischen Steuerung mit Globalbudgetierung durch die damalige Sonderkommission und einem lobenswerten Aufwand für die Erarbeitung des uns vorliegenden Dokuments durch die Verwaltungsangestellten, können wir heute ein sehr schönes, handliches und inhaltlich interessantes Dokument als Basis für die Budgetberatung zur Hand nehmen. Speziell erwähnen möchte ich die besonderen Umstände, welche die Erarbeitung des AFP mit sich gebracht haben, da sowohl Gemeinderätin Christine Gogel und auch die Abteilungsleiterin Finanzen, Sanda Nippel, neu auf ihren Posten sind. Auch für die neu zusammengesetzte RPK handelte es sich bei der Vorberatung des neuen Instruments um eine Herausforderung. Aufgrund der Neuordnung in Aufgabenfelder wurden sehr viele Einzelkonti gemäss ihrer Zugehörigkeit verschoben. Der RPK ist zur Beurteilung der Zahlen das Detailbudget zur Verfügung gestanden, nicht aber die Vorjahreszahlen. Wie im Bericht zu lesen ist, wäre die Darstellung der Vorjahreszahlen nur mit einem enormen Zusatzaufwand seitens Verwaltung möglich gewesen. Die RPK hat diese Tatsache akzeptiert und diesen Zusatzaufwand nicht gewünscht. Aufgrund von sehr vielen nicht beeinflussbaren Aufwänden, mussten enorme Einsparungen bei allen beeinflussbaren Aufwandarten vorgenommen werden. Die Abteilungen wurden in die Pflicht genommen, zu streichen was möglich ist, damit ein ausgeglichenes Budget erreicht werden kann. So haben sich die Aufwände beim Sach- und Betriebsaufwand im Vergleich zum Vorjahr um rund CHF 1.8 Mio. reduziert. Die erwähnten nicht beeinflussbaren Ausgaben lassen sich hauptsächlich auf die Bereiche Bildung und soziale Sicherheit zurückführen. Wie Sie im Bericht lesen können, schlägt HARMOS finanziell stark ein. Auch die Sparmassnahmen des Kantons schlagen sich nun bei den Gemeinden nieder, indem die Aufwände für Ergänzungsleitungen AHV vom Kanton an die Gemeinden abgeschoben wurden. Die aktuelle Budgetierung lässt keinen Spielraum mehr für Sonderwünsche und Begehrlichkeiten. Das ambitionierte Investitionsprogramm lässt uns in Zukunft sicherlich erfreuliche Blicke auf schöne Neubauten, renovierte Bauten und Strassen werfen. Finanziell aber werden die Auswirkungen mit Abschreibungsaufwand und Fremdkapitalzinsen noch über Jahre unsere Finanzen stark belasten. Und dies in einer Zeit, in der die laufende Rechnung ohnehin nicht viel Spielraum lässt. Ob das uns vorliegende, ausgeglichene Budget als positiv oder negativ zu bewerten ist, liegt im Auge des Betrachters. Als positiv einzuschätzen ist sicherlich, dass kaum mehr ausgegeben als eingenommen wird. Negativ dürften die vielen Verzichte und Streichungen, die zu diesem Ergebnis geführt haben sowie die bevorstehenden Belastungen aus den Investitionen beurteilt werden. Die RPK hat diverse Empfehlungen in den Bericht integriert und begrüsst die Umsetzung für den nächsten AFP. Bezüglich den Planungsanträgen melde ich mich während der Lesung.

Eintreten

GR Christine Gogel: Als Erstes bedanke ich mich bei allen, die beim diesjährigen Budgetprozess involviert waren. Mit der Umstellung zum AFP wurden wir nicht nur inhaltlich, sondern auch gestalterisch sehr gefordert. Zum alljährlich engen Terminplan ist zusätzlich noch Zeitdruck dazugekommen, um das neue Instrument auf die Beine zu stellen. Unter etlichem Kraftakt und zusätzliche, auch nächtlichen Arbeitsstunden, ist es den Zuständigen gelungen, das neue Werk gerade noch rechtzeitig in Druck zu geben. In diesem Zusammenhang hebe ich ganz speziell hervor das Team um den Gemeindeverwalter Beat Thommen zusammen mit der Abteilungsleiterin Finanzen, Sandra Nippel, und Sandra Meier, Kommunikation. Sie haben im Wesentlichen das Konzept entworfen, sowie das Layout und die Datenfütterung vorgenommen. Ich hoffe, dass sie bei der kritischen Durchsicht des Nachschlagewerks Freude daran empfunden haben und dies inzwischen gerne bei der politischen Tätigkeit einsetzen werden. Wie immer bei etwas Neuem haben sich Fehler eingeschlichen. Einige wurden inzwischen bemerkt und korrigiert. Wir bitten um Nachsicht. Sicherlich gibt es auch Verbesserungspotenzial. Hier bitten wir um konstruktive Kritik und Vorschläge, die wir gerne aufnehmen werden. Seht den AFP als Arbeitsinstrument, welches wir in Zukunft nutzen und auch noch verbessern können. Des Weiteren bedanke ich mich bei der RPK für die konstruktive und kritische Hinterfragung von diesem ersten AFP. Der Abteilung Finanzen mit Sandra Nippel danke ich für den grossen Einsatz in den letzten paar Wochen. Zum inhaltlichen Globalbudget: Die RPK und Philippe Doppler im vorigen Votum haben in ihrem Bericht die wesentlichen Aspekte ausführlich dargestellt. Die Empfehlungen der RPK nimmt der Gemeinderat auf und unterstützt die Anträge. Ich habe noch ein paar Ergänzungen: Der Gemeinderat hat als Vorgabe ein ausgeglichenes Budget, basierend auf die Rechnung 2015 verlangt. Eine erste Vorlage aus den Abteilungen hat in einem Aufwandüberschuss von CHF 5.1 Mio. resultiert. Die verschiedenen Anliegen konnten leider nicht im gewünschten Mass erfüllt werden und es mussten einige Abstriche in Kauf genommen werden. Wir müssen die vorhandenen Ressourcen sparsam einsetzen! Denken sie in der Debatte an unser Globalbudget. Ihr habt unsere Einwohnerzahlen im Auge, bestellt die benötigten Ackerfelder dazu und nicht die Anzahl Erbsen und dabei sollte das Portemonnaie im Auge behalten werden. Ihr befasst euch also mit Ziel- und Planvorgaben. Der Einwohnerrat ist dabei in der Verantwortung. Laufend müsst ihr euch fragen, was wollen wir mit dem Posten als Wirkung erzielen und wie diese gemessen wird. Die Aufgabe des Rates ist viel anspruchsvoller aber auch interessanter als in den letzten Jahren geworden. Zum gestiegenen Personalaufwand und dem reduzierten Sachaufwand nimmt die RPK in ihrem Bericht bereits ausführlich Stellung. Der Gemeinderat hat sich auf das Notwendige beschränkt und das Wünschbare kritisch hinterfragt. Sehr gut kapitalisiert sind die Spezialfinanzierungen. Das vor allem beim Wasser- und Abwasser. Entstanden ist die gesunde Finanzlage vor allem durch Anschlussgebühren von neuen Projekten. Da wir die Dienstleistung jedoch nicht vergolden können, plädiert der Gemeinderat auf grosszügigen Gebührenerlass. Damit können wir unsere Einwohnerinnen und Einwohnern ein bisschen entlasten. Nicht zuletzt soll das auch ein Standortvorteil sein, das wir entsprechend verkaufen können. Den Steuerfuss will der Gemeinderat auf 58.5 % belassen. Zusammen mit dem Gebührenrabatt ergibt dies ein attraktives Gesamtpaket. Auch zu den Investitionen hat die RPK berichtet. Ziele sind ambitiös für die nächsten fünf Jahre. Wir haben noch immer einen Investitionsstau. Wir sollten vorwärts machen und die geplanten Projekte, namentlich die Gemeindeverwaltung, nicht weiter verzögern. Für die strukturelle Entwicklung möchten wir keine Defizite schaffen. Es ist unser Ziel, die Umsetzung der geplanten Investitionen bei gleichbleibenden Steuerfuss zu ermöglichen. Der Gemeinderat weist darauf hin, dass kein Spielraum vorhanden ist, um Wünschbares zu ermöglichen. Ein grösseres Defizit erlaubt die Ausgangslage für die kommenden Jahre nicht. Der Gemeinderat tritt vor dem Einwohnerrat mit einem kleinen und verkraftbaren Defizit. Ich bitte auf das Globalbudget einzutreten und den Antrag des Gemeinderates zu genehmigen. Dankeschön.

Christian Schäublin: Die SVP-Fraktion dankt dem Gemeinderat, der Verwaltung und insbesondere der Abteilung Finanzen, für die Erarbeitung des anspruchsvollen neuen AFP und der RPK für die ausführliche, kritische Prüfung und Berichterstattung. Wir teilen die Feststellungen der RPK, dass das Budget umsichtig erarbeitet wurde und werden den Anträgen der RPK zustimmen. Wir anerkennen auch die Bemühungen vom Gemeinderat und der Verwaltung die zusätzlichen Personalausgaben, aufgrund des zusätzlichen 6. Schuljahres, durch Einsparungen im Sachaufwand zu kompensieren. Im Grossen und Ganzen ist der neue AFP ansprechend und strukturiert. Wir regen jedoch an, noch gewisse Darstellungen zu überprüfen und zu verbessern. Beispielsweise bei den Stellen, wo eine Stelle 100 darstellt, dass man künftig, damit es leserlicher und übersichtlicher wird, als eine Stelle 1,0 darstellt. Weiter ist zu überlegen, ob man die Kennzahlen nicht auf die weiteren Budgetjahre im AFP erweitern kann. Denn jetzt ist es eine Betrachtungsweise in die Vergangenheit und hat für die Zukunft wenig Aussagekraft. Auch sind die Ziele und Legislaturziele, wenn sie definiert wurden, in Einklang zu bringen. Weiter gehört die von der RPK erwähnte Klärung betreffend Planungsinstrumente dazu. Der Finanzplan zeigt eine realistische Entwicklung auf und die Spezialfinanzierungen ein stabiles Bild. Erneut ist zu erwähnen, dass uns hohe Investitionen (über CHF 100 Mio.) in den nächsten Jahren bevorstehen. Dass sieht man bereits daran, dass der Selbstfinanzierungsanteil bei 2 % liegt und gemäss Anhang (Seite 69) als schlecht taxiert wird. Dies wird sich in den nächsten Jahren auch nicht verbessern. Wir werden massiv Fremdkapital aufnehmen und für die meisten Investitionen neu verschulden müssen. Die hohe Investitionstätigkeit wird also die Erfolgsrechnung durch hohe Abschreibungen belasten. Es gilt auch in Zukunft, dass vernünftig mit den finanziellen Mitteln umgegangen wird und gute und passende Projekte realisiert werden, anstatt die Verwirklichung von unzweckmässigen und teuren Bauten. Die SVP-Fraktion ist für Direktberatung und wird das Budget 2017 im vorliegenden Fall genehmigen können und die Finanzpläne zur Kenntnis nehmen. Zu allfälligen Anträgen wird allenfalls später Stellung genommen.

Gert Ruder: Ich mache keine Bemerkungen zu den Ausführungen der GR Christine Gogel. Es ist mir ein bisschen vorgekommen, dass die interessanten Ausführungen wie eine Vorwegnahme vom Legislaturprogramm sind, aber das steht ja noch an. Mit dem neuen AFP sind neue und grosse Veränderungen mit neuen Rahmenbedingungen anstelle des bisher üblichen Budgets. Dies stellt Anforderungen an uns alle, insbesondere an die Entwicklungskommission und jetzt auch an die RPK, um mit diesem Instrument umgehen zu können. Die SP-Fraktion stellt fest, dass es der RPK gelungen ist, mit einer klaren Gliederung und sauberen Analysen und daraus folgend logischen Empfehlungen und Planungsanträgen, einen ausgezeichneten Bericht darzustellen. Für diese seriöse und ausgezeichnete Kommissionsarbeit verdient die RPK ein uneingeschränktes Kompliment und die SP-Fraktion dankt allen involvierten Personen herzlich dafür. Die SP-Fraktion ist für Eintreten und wird an den entsprechenden Stellen Antrag stellen. Ich bitte das Büro und auch die Ratsmitglieder zu überlegen, ob diese Arbeit, die in einem 5-seitigen Bericht zustande gekommen ist und in einem grossen Teil aus Fleissarbeit besteht, wirklich nur CHF 28.– / Stunde Wert sein soll? Dies ist nämlich die Entschädigung, die ein Kommissionspräsident für einen solchen Bericht dafür bekommt. Es wäre angebracht, sich darüber Gedanken zu machen, diesen Entschädigungssatz anzupassen. Wir sind gespannt, wie mit dem AFP umgegangen wird und sind sicher, dass wir mit all den Informationen klar kommen werden.

Benedikt Schmidt: Die Fraktion der Unabhängigen und Grünen ist für Eintreten und Direktberatung. Wir danken allen, die an dem Bericht gearbeitet haben, für die gute Arbeit. Der AFP ist sehr interessant und wird sich auch zu einem guten Instrument für die Politische Steuerung entwickeln. Wir finden es beispielsweise gut, dass Ziele und Pläne klar beschrieben sind. Aber der AFP ist auch etwas Neues und von daher ist noch nicht alles klar, wie und wenn was zu machen ist. Beispielsweise wenn beschrieben ist, dass im 2020 etwas realisiert wird, wann soll dann konkret etwas dazu gesagt werden? Jetzt oder erst auf das Budget 2020 hin? Es beinhaltet auch Aussagen, die für Aussenstehende nicht einfach nachvollziehbar sind. Zum Beispiel heisst es, man plant das Konzept

Metron umzusetzen. Ich weiss nicht, wie viele wissen, was das Konzept Metron ist und die Umsetzung CHF 5.6 Mio. kostet? Es nimmt mich wunder und ich hoffe auch, dass wir auf den richtigen Zeitpunkt hin die wichtigen Informationen erhalten, für was wir hier eigentlich das Geld ausgeben. Das sind Details, die wir am zukünftigen AFP verbessern können. Auch werden wir später Änderungsvorschläge entweder als Antrag oder da alles relativ neu ist, vor allem als Vorschlag bringen und hoffen, dass der Gemeinderat und die Verwaltung auf die nächsten Jahre hin verbessern können. Wir haben auch festgestellt, dass in den Feldern „Ziele“ und „Plan“ nicht immer klar ist, was genau mit was übereinstimmen soll. Wir haben auch gemerkt, dass gewisse Ziele und Pläne eine Jahreszahl haben, wenn sie realisiert werden sollen, diese aber nicht unbedingt mit dem Inhalt der Investitionsrechnung übereinstimmen. Beispielsweise bei der Fröschi-Unterführung steht im „Plan“, dass der Ausbau bis 2021 erfolgt, das Geld gibt man jedoch bereits ein paar Jahre früher aus. Schon mehrfach wurde zu den zu tätigenen Investitionen gesagt, dass wenig Spielraum für unsere Finanzen zur Verfügung steht. Dabei stellt sich die Frage, ob wir all das Geld so investieren möchten und ob es diese Investitionen effektiv braucht. Uns stellt sich die Frage, nachdem lange nichts gemacht wurde und jetzt ein Investitionsschub folgt, was nachher kommt? Kommt danach gar nichts mehr oder eine Pause? Müssen effektiv all diese Projekte in den nächsten fünf Jahren realisiert werden oder kann man diese auf ein paar Mehrjahre strecken? Die Unklarheiten habe ich erwähnt und denke, dass viel Klarheit geschaffen wird, wenn wir die Legislaturziele im nächsten Sommer haben werden. Was uns natürlich auch sehr interessiert, ist, wie sich die Unternehmensreform III auf die Finanzen der Gemeinde auswirkt und wie der Gemeinderat dies ausbalancieren wird. Insgesamt ist die Fraktion der Unabhängigen und Grünen mit dem Budget einverstanden und wird den Anträgen zustimmen.

Andreas Seiler: Im Namen der FDP-Fraktion danke ich allen, die am AFP mitgearbeitet haben. Das war eine grosse Arbeit, wie auch die Vorredner erwähnt haben. Wir sind zufrieden, dass ein praktisch ausgeglichenes Budget ohne Erhöhung der Steuern gelungen ist. Wie wir vorher gehört haben, war dies nicht ganz einfach. Wir sind für Eintreten und Direktberatung und werden den Anträgen des Gemeinderates zustimmen. Ebenfalls danken wir der RPK für ihre fundierte Prüfung. Wir stimmen mit dem Bericht der RPK ziemlich genau überein und werden darum allen Anträgen der RPK zustimmen. Weiter nehmen wir den Finanzplan zur Kenntnis, welcher zeigt, dass wir in ein Defizit hineinlaufen. Er zeigt, dass vor allem die Ausgaben steigen und die Einnahmen ungefähr stabil bleiben. Das bedeutet für uns, dass wir in Zukunft eingreifen müssen, damit das Budget entsprechend ausgeglichen bleibt. Dies ist das, was wir heute zur Kenntnis nehmen.

Eintreten ist unbestritten und es folgt die Lesung.

Lesung Aufgaben- und Finanzplan 2017 - 2021

Gelesen werden die Aufgabenfelder, der Saldo aus der Erfolgsrechnung (Budget 2017) und die Nettoausgaben Investitionen (Budget 2017) mit Beginn auf Seite 16.

Aufgabenfeld 01 Politische Behörden

Benedikt Schmidt: Die digitalen Akten werden unter „Wichtige Projekte“ genannt, es sind aber keine Investitionen vorgesehen. Braucht es dazu keine Investitionen oder sind diese im Sachaufwand vorhanden?

GP Stephan Burgunder: Zuerst komme ich zurück zu den Voten in der Eintretensdebatte. Zu den Stellenprozenten: In diesem Aufgabenfeld sind es 135 Stellenprozente. Dies entspricht nicht 1.35 Stellen. Es gibt Personen, wie zum Beispiel Marcel Schaub, AL Dienste/Sicherheit, die in mehreren Aufgabenfeldern arbeiten; im Aufgabenfeld 02, 03 und 04, wobei die Stellenprozente auf diese Aufgabenfelder aufgeteilt wurden. Das heisst, es sind beim Aufgabenfeld 01 nicht 1.35 Stellen isoliert betrachtet, sondern es kann durchaus sein, dass vier Personen in diesem Aufgabenfeld arbeiten. Würde man alle Stellenzahlen zusammenzählen, würde es nicht dem Bestand der Anzahl Gemeindegemitarbeiter entsprechen. Aus diesem Grund ist die Darstellung mit der Anzahl Stellenprozente korrekt. Zu der Frage, wenn Fragen zu stellen sind, die das Jahr 2020 betreffen: Grundsätzlich können jederzeit Fragen gestellt werden, spätestens jedoch, wenn es über die konkrete Finanzierung geht, sei es über das Budget oder mit einem entsprechenden Antrag. Sollte die Meinung bestehen, dass es nicht richtig ist, dass es im Jahr 2020 steht und stattdessen eher in das Jahr 2022 gehört, nehmen wir das entgegen. Ich weise gerne darauf hin, dass wir jederzeit Inputs entgegen nehmen, auch ausserhalb der Sitzungsdebatte. Zur Frage über die Investitionen für digitale Akten: Im Detailbudget sind konkret CHF 5'600 eingestellt. Zur Hardware: Wir können bereits jetzt schon sagen, dass im Gemeinderat nur vier Tablets angeschafft werden müssen und diese nicht so viel kosten werden. Die Software ist mit dem Programm AXIOMA bereits vorhanden. Hinzu kommen noch Lizenzgebühren, die aber keine riesigen Beträge ausmachen. Dies ist im Budget alles berücksichtigt.

Aufgabenfeld 02 Allgemeine Verwaltung

Benedikt Schmidt: Es wird erwähnt, dass die Verwaltung attraktiver für die Bevölkerung sein möchte. Etwas was ich aus der Bevölkerung oft höre, betrifft die Öffnungszeiten. Wäre es möglich die Öffnungszeiten so zu arrangieren, dass man dann auf die Verwaltung gehen kann, wenn man nicht arbeiten muss? Noch ein Kommentar rein redaktioneller Art: Hier wird beispielsweise von der Gemeindeverwaltung geredet, anderenorts von Gemeindezentrum. Es wäre sicher gut, wenn man die Begriffe vereinheitlicht.

GP Stephan Burgunder: Die Öffnungszeiten auf der Gemeindeverwaltung hat man so gestaltet, dass diese verschoben sind. Das heisst, wir haben einmal über Mittag offen und einmal länger bis in den Abend. Eigentlich haben wir bisher positive Feedbacks erhalten. Längere Öffnungszeiten setzen mehr Ressourcen voraus, damit die Schalteröffnungszeiten gewährleistet werden können. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass das digitale Angebot weiter ausgebaut werden soll und primär in diesem Bereich möchten wir die Attraktivität steigern. Betreffend Gemeindezentrum: Ich bin absolut für ein Gemeindezentrum, jedoch kann man heute noch nicht davon reden. Dies ist zu früh. Das Zentrum müssen wir zuerst mit Aufgaben bestücken. In der Vision ist es für mich bereits ein Zentrum, aber was das Zentrum beinhaltet soll, wissen wir noch nicht genau. Deshalb reden wir heute auch von Gemeindeverwaltung. Den Input nehme ich aber gerne entgegen.

Aufgabenfeld 03 Polizei

Benedikt Schmidt: Ich habe zu diesem Aufgabenfeld keine Frage, sondern nur einen Kommentar. Ich denke die „Ziele“ sind falsch formuliert. Ein Ziel heisst: „Die Bevölkerung verhält sich ... korrekt.“ Dies ist schön und gut und ich kann mich auch mit diesem Ziel anfreunden, aber im AFP einer Gemeinde kann dies nicht das Ziel sein. Es müsste richtig heissen: „Die Polizei sorgt dafür, dass sich die Bevölkerung korrekt verhält“. Die Aufgaben und Ziele müssen sich auf die Tätigkeit der Verwaltung beziehen und nicht auf die Aktivitäten von Aussenstehenden.

Aufgabenfeld 04 Feuerwehr und Bevölkerungsschutz

Benedikt Schmidt: Auch hier eine Bemerkung zu der Formulierung unter „Ziele“. Wir können nicht in unserem AFP formulieren, was das Feuerwehrinspektorat machen soll, sondern müssten es so umformulieren, dass die Feuerwehr vom Feuerwehrinspektorat positiv beurteilt wird. Eine Frage zu der Investitionsrechnung: Wir sehen, dass mehrere Fahrzeuge angeschafft werden sollen, dies kann ich nicht beurteilen, aber unter „Ziele“ und „Plan“ ist nichts dazu erwähnt. Vor allem weil man relativ viel Geld dafür ausgibt, müsste das nicht unter „Ziele“ und „Plan“ explizit genannt werden?

GR Urs Hess: In der Investitionsrechnung sieht man klar dargestellt, dass Feuerwehrfahrzeuge beschafft werden. Auch kann eine Feuerwehr ohne Fahrzeuge nicht funktionieren. Das Ziel, dass die Bevölkerung beizeiten von der Feuerwehr erreicht werden soll, steht klar formuliert im AFP. Die Mittel dazu sind zum Teil in der Erfolgsrechnung und zu einem anderen Teil in der Investitionsrechnung ausgewiesen. Auch sehen wir wieviel Geld in den nächsten Jahren eingestellt ist und um welche Fahrzeuge es geht.

Aufgabenfeld 05 Schulen

Benedikt Schmidt: Bei diesem Aufgabenfeld sind wir gespannt, ob sich der ambitionöse Plan mit den Kindergärten einhalten wird. In der Investitionsrechnung sind unter diesem Aufgabenfeld insgesamt CHF 300'000 „Platz Schulhäuser / alte Dorfturnhalle“ vorgesehen. Die Frage ist, gehören diese Investitionen nicht in das Aufgabenfeld 14, wann kommen solche baulichen Massnahmen ins Aufgabenfeld 05 und wann ins Aufgabenfeld 14?

GR Roger Schneider: Ich nehme dies so zur Kenntnis. Hier muss ich die Abteilungsleiterin Finanzen fragen. Ich nehme an, es spielt nicht so sehr eine Rolle beim Investitionsprogramm, ob die Investition im Aufgabenfeld 05 oder 14 ist?

Sandra Nippel, AL Finanzen: Diese Ausgabe wurde den Schulen zugeordnet. Das müsste man vielleicht noch diskutieren. Dies wurde aber vom Einwohnerrat bei der Bestimmung der Aufgabenfelder so beschlossen und es wurde abgesegnet, was wo zugewiesen wird.

GR Roger Schneider: Ich danke der RPK für ihre Empfehlung betreffend diesem Aufgabenfeld.

Aufgabenfeld 06 Familienergänzende Angebote

Mauro Pavan: Mein Antrag liegt vor. Bei den Zielgruppen sind die Kitas erwähnt. Meiner Ansicht nach fehlen diese im Abschnitt Ziele. Deshalb bitte ich, beim Abschnitt Ziele einen neuen zusätzlichen Punkt hinzuzufügen, dass genügend Kita-Plätze zur Verfügung stehen und dass diese für Eltern, welche darauf angewiesen sind, finanzierbar sind. Ich bitte euch, dem Antrag zuzustimmen. *Antrag Mauro Pavan*

GR Roger Schneider: Wir haben einen Planungsauftrag betreffend Kita-Plätze. Es ist so, dass wir gezwungen sind, den Bedarf von Kita-Plätzen zu erheben, das Angebot zu prüfen und dafür zu sorgen, dass Plätze zur Verfügung gestellt werden. Bereits jetzt haben wir ein Reglement zur Subventionierung von Kita-Plätzen. Somit wird genau dies, wie im Antrag formuliert, bereits heute erfüllt. Der Gemeinderat will dies weiterführen. Im nächsten Jahr ist geplant, dass die Gesamtrevision des Subventionsreglements im Einwohnerrat behandelt wird. Zu diesem Zeitpunkt finde ich, kann die Zielformulierung thematisiert werden, da wir jetzt jedoch das Ziel bereits betreiben, ist dies nicht nötig.

Mauro Pavan: Es ist mir nicht um einen Planungsauftrag gegangen. Ich finde es auch wunderbar und es freut mich, dass es so ist. Bei anderen Zielen in den Aufgabenfeldern ist es jedoch auch so. Beispielsweise haben wir bereits heute eine gut funktionierende Feuerwehr, dennoch ist es unter „Ziele“ formuliert, da es ein Ziel dieses Aufgabenfelds ist. Aus diesem Grund sollten auch die Kita-Plätze unter Ziele drinstehen. Wenn das Ziel erreicht ist, umso besser.

Andreas Seiler: Der erste Satz des Antrages ist mit den strategischen Zielen der FDP durchaus vereinbar. Beim zweiten Satz ist die Gefahr gross, dass man die Subventionschleuse aufmacht. Wir haben gesehen, dass der finanzielle Spielraum nicht so gross ist. Darum sind wir der Meinung, dass die Entwicklungskommission dies genau anschauen soll, wieviel das kostet und wie entsprechend der Betrag erhöht wird. Man möchte ein zusätzliches Ziel hinzufügen, aber der Gesamtbetrag soll nicht verändert werden. Ich denke, dass ist blauäugig, denn wenn man mehr will, kostet es auch wahrscheinlich mehr oder es wird etwas anderes gestrichen. Deshalb müssen wir sehen, wie die Kosten getragen werden; wieviel die Eltern und wieviel die Gemeinde zahlt. Dies ist eine komplexe Situation, wenn man nicht ohne Mass Geld ausgeben will. Darum bin ich der Meinung und empfehle, dass wir den Antrag ablehnen und dass sich die Entwicklungskommission seriös damit befassen soll, wie wir das Ziel bezüglich Kitas formulieren können und was es für ein Preisschild hat.

Mauro Pavan: Wie GR Roger Schneider erwähnt hat, haben wir ein gutes Subventionsreglement. Es geht mir auch nicht darum, mehr Kita-Plätze zu beantragen, sondern es geht mir mehr um eine Bestandeswahrung und dass die Anzahl der Kita-Plätze nicht schrumpft. So wie ich informiert bin, funktioniert dieses System gut. Mir liegt daran, dass es so bleibt, darum ich explizit auch nicht beantrage, den Betrag zu erhöhen. Ich bitte euch deshalb, meinem Antrag zuzustimmen.

Christian Schäublin: Andreas Seiler hat es bereits erwähnt. Es gibt ein übergeordnetes Recht, bei dem der erste Satz im Antrag bereits heute umgesetzt ist. Wir müssen Kita-Plätze zur Verfügung stellen. Auch beim zweiten Satz ist wie erwähnt zur Finanzierbarkeit nichts gesagt, deshalb wir auch darüber nichts sagen können und deshalb dem Antrag nicht zustimmen können.

Patrick Weisskopf: Wir haben das kurz in der Fraktion besprochen. Es ist eigentlich nicht so, dass die Gemeinde die Kindertagesplätze zur Verfügung stellt, sondern dass wir ein Reglement haben, wo Subventionen gesprochen werden. Das Käferhuus wurde einmal von der Gemeinde betrieben. Die Gemeinde hat die Kindertagesstätte aber

wieder abgegeben und privatisiert. Deshalb sehen wir dieses Ziel, wie im Antrag formuliert, nicht. Trotzdem bin ich sicher, dass es in der Entwicklungskommission Einklang finden wird.

GR Roger Schneider: Noch ein Votum zur Revision. Wir haben den Auftrag, das Reglement zu revidieren. Es geht darum, dass wir die Subjektfinanzierung stärken. Es ist noch immer ein Teil Objektfinanzierung drinnen, das möchten wir zu Gunsten der Subjektfinanzierung revidieren. Dies wird zur Diskussion in den Rat kommen und kann dann intensiver besprochen werden.

Abstimmung

://: Der Rat lehnt den Planungsantrag der SP-Fraktion, Mauro Pavan, mit 21 Nein zu 11 Ja bei 6 Enthaltungen ab, im Abschnitt Ziele einen neuen zusätzlichen Punkt hinzuzufügen: - Es stehen genügend Kita-Plätze zur Verfügung. Diese sind für Eltern, welche darauf angewiesen sind, finanzierbar.

Sylvie Anderrüti: Ich wollte einen Planungsantrag stellen, habe aber heute Morgen vom Rechtsdienst erfahren, dass ich in den Ausstand treten muss. Daher wird Marcial Darnuzer diesen Planungsantrag stellen.

Marcial Darnuzer: Ich darf den Antrag im Namen der SP-Fraktion und anstelle der geplanten Sprecherin Sylvie Anderrüti, die in den Ausstand getreten ist, übernehmen. Wir bitten den Einwohnerrat, dem Planungsantrag für das Aufgabenfeld 06 Familienergänzende Angebote für die Unterstützung der Spielgruppen zuzustimmen. Dass sich die frühe Förderung unserer Sprache lohnt, ist unbestritten. Mit den beantragten zusätzlichen CHF 15'000 kann ein grosser Beitrag geleistet werden, um die, wie im Antrag formulierten, späteren Kosten für sog. DZ-Stunden (Deutsch als Zweitsprache) im Kindergarten und der Schule zu minimieren. Unterstützen sie diesen Antrag für unsere Kinder mit Deutsch als Zweitsprache und stimmen sie dem Antrag zu. *Antrag Marcial Darnuzer*

GR Roger Schneider: Fachlich gesehen ist es völlig unbestritten und auch beim Gemeinderat ist diese Meinung vorhanden. Im Aufgabenfeld 06 kommt der Ausdruck Spielgruppe vor: „Die Gemeinde vermittelt Plätze in (...) Spielgruppen ...“ Es handelt sich also um ein anerkanntes Angebot und bei den Zielgruppen steht auch „Die Betreuungs- und Erziehungseinrichtungen (Kitas, Spielgruppen etc.) entwickeln ihre Angebote aufeinander abgestimmt und in guter Qualität weiter“. Es ist völlig unbestritten, dass es etwas bringt, aber aus finanzieller Sicht ist es momentan schwer, noch etwas zusätzlich zu machen. Im Moment liegt dies finanziell nicht drin; wir haben ein Budget im AFP, das in sich für das Jahr 2017 stimmig ist und im Moment verträgt es nicht mehr. Wir sind sehr froh, gibt es diese Spielgruppen. Wir persönlich haben von diesem Angebot auch profitiert und stellen es nicht infrage. Mit einer Erhöhung der Unterstützung ist es schwierig im Moment und daher bitte ich, diesen Antrag abzulehnen.

Erich Schwob: Eine Frage: Es erhalten alle Unterstützung und ich zweifle nicht an, dass es dies braucht und finde gut, dass es gemacht wird. Aber CHF 5.00 – 10.00 Stundenlohn scheinen mir seltsam. Dies erhält ein Trainer bei der AS, wenn er eine Stunde gibt, aber für diesen Lohn arbeitet niemand mehr. Daher möchte ich wissen, ob belegt ist, dass die Personen, die in der Krippe sind und Deutsch geben, wirklich nur CHF 5.00 – 10.00 Lohn erhalten und falls es so ist, wäre es nicht ganz legitim. Meine Frage ist daher, ob diese Lohnangaben stimmen.

Andreas Seiler: Aus den umfangreichen Unterlagen zu diesem Geschäft, die wir heute per Mail erhalten haben, geht hervor, dass der Kanton schon einen Teil bezahlt. Wir sind auch der Meinung, wenn die Gemeinde Räumlichkeiten zur Verfügung stellt, auch grosszügig sein soll. Im Gebührenreglement ist ja geregelt, wer welche Räume zu welchen Preisen erhält und der Gemeinderat kann eventuell noch optimieren. Aber dafür, dass wir hier noch CHF 15'000 drauflegen, bin ich nicht und empfehle, den Antrag abzulehnen.

Kurt Lanz: Ich bitte sie, den Antrag zu unterstützen. Sylvie Anderrüti hat dargelegt, dass es Sinn macht, früh genug mit Deutsch zu beginnen und der Kindergarten wird profitieren. Zum Lohn eine weitere Frage: Auf der Homepage der Gemeinde Pratteln habe ich gelesen, dass eine Aufgabenhilfe für die Längi gesucht wird. Dort gab es keinen Hinweis auf einen Lohn. Vielleicht kann der Gemeinderat sagen, was für ein Lohn gezahlt wird und falls kein Lohn gezahlt wird, ist dies noch schlimmer, als wenn CHF 10.00 oder 20.00 gezahlt werden.

Erich Schwob: Es geht mir nicht darum, ob CHF 5.00 – 10.00 viel oder wenig ist, es geht mir darum, ob die Angaben stimmen. Ich habe heute recherchiert und einige Telefonate abgehalten und was hier als Lohn angegeben wird, stimmt so nicht und uns wird etwas Falsches vorgelegt. Richtig sind CHF 25.00 pro Stunde und wenn diese Person noch Deutsch gibt, CHF 15.00 zusätzlich.

GR Roger Schneider: Ich weiss nicht, was die Spielgruppe mit der Aufgabenhilfe zu tun hat. Zur Aufgabenhilfe weiss ich, dass Freiwillige gesucht werden und eine eventuelle Entschädigung kenne ich nicht. Details wären mit dem Quartiertreff abzuklären.

Mauro Pavan: Zu Erich Schwob: Ich kann deine Frage leider nicht beantworten. Sylvie Anderrüti darf zu diesem Geschäft nicht reden und ich habe das Gefühl, dass du dies falsch liest. Ich nehme an dass sich deine Angaben auf Angestelltenlöhne beziehen. Hier ist die Rede nicht von Kitas, wie du vorhin gesagt hast, sondern es geht um die Spielgruppe und um den Lohn der Spielgruppenleiterinnen, die dies nicht in einem Anstellungsverhältnis erledigen. Ihr propagiert ja immer selber, dass ein Unternehmer so viel leistet und schlussendlich so wenig herauschaut. Ich weiss es aber nicht mit Sicherheit.

Erich Schwob: Ich weiss nun nicht, was du sagen willst. Diejenigen Personen, die die Stunden geben, erhalten das, was ich vorhin erwähnt habe: CHF 25.00 plus CHF 15.00, falls sie noch Deutsch geben. Andere Personen arbeiten dort nicht.

Stephan Bregy: Ich bin momentan etwas verunsichert. Wir reden von einem Prozent Budgeterhöhung bei einem Budget von rund CHF 1.5 Mio.. Es ist wenig und ich bitte um Klärung des Sachverhalts zu den Löhnen bzw. Zahlen. Ich selber weiss nun gar nicht mehr, was ich mit dem Antrag machen soll, weil alles unklar ist und das finde ich aus meiner Sicht schade.

Petra Ramseier: Es geht hier nicht um Kita-Personen, es geht um Spielgruppen-Personen. Das Kind besucht diese einen Vormittag oder Tag pro Woche und geht mit oder ohne Mutter dorthin, solange es noch nicht in den Kindergarten geht. Es handelt sich nicht um Anstellungslöhne. Das Meiste ist freiwillig und die Leiterin organisiert.

GR Christine Gogel: Die Diskussion driftet ab. Wir behandeln hier das Globalbudget und sie sind daran, den Saldo um CHF 15'000 ohne eine entsprechende Zielvorgabe zu erhöhen. Überlegen sie sich, was sie erreichen wollen, dass die DZ-Stunden weniger werden und wie viel Geld dafür gesprochen werden soll. Aber einfach den Saldo zu erhöhen, ohne auf der Gegenseite noch etwas zu definieren, geht nicht. Sonst sind wir, falls es so weitergeht, wieder beim Erbsenzählen.

Abstimmung

://: Der Rat lehnt den Planungsantrag der SP-Fraktion, Marcial Darnuzer (urspr. Sylvie Anderrüti), mit 19 Nein zu 12 Ja bei 7 Enthaltungen ab, das Globalbudget um CHF 15'000 zu erhöhen.

Aufgabenfeld 07 Kultur, Sport und Freizeit

Benedikt Schmidt: Eine Frage: In der Investitionsrechnung steht „Neubau Robi Planung“ CHF 150'000. Ist dieser Betrag nur für die Planung oder auch für den Neubau und wann wird der Neubau realisiert? Mein Antrag: Ich möchte auf der linken Seite bei Plan ergänzen: „Ein Ersatz für das Piratenschiff wird bis 2018 erstellt und eine Zwischenlösung angeboten“. Das Piratenschiff wurde abgerissen und es braucht einen Ersatz. Mit diesem Planungsantrag möchte ich Druck machen, dass dies auch mit der notwendigen Priorität auf der Gemeindeverwaltung bearbeitet wird. Das Geld ist bereits schon jetzt bis 2018 in der Investitionsrechnung enthalten – also ist der Antrag kostenneutral.

Antrag Benedikt Schmidt

GR Stefan Löw: Es geht um den aufgehobenen Spielplatz mit dem Piratenschiff. Wie ich schon früher erwähnt habe, ist der Gemeinderat bestrebt, eine Gesamtschau dieses Gebietes vorzunehmen und in diesem Zusammenhang soll definiert werden, wo der Spielplatz bzw. die Möglichkeit einer Freizeitbewegung für Kinder platziert werden soll. Im Moment können wir den Ort noch nicht bestimmen, aber der Gemeinderat hat schon früher verschiedentlich gesagt, dass eine Übergangslösung auf der bestehenden Fläche angestrebt wird. Diese Absicht ist postuliert und ich stehe zu meinem Wort, dass ich hier abgebe. Wie dies zu finanzieren ist, bleibt noch offen.

Kurt Lanz: Nachdem ich die Meinung des Gemeinderates gehört habe, muss ich Benedikt Schmidt einfach zustimmen. Wenn es der Gemeinderat sowieso machen will, darf man es auch hineinschreiben. Es ist ja kostenneutral, wie Benedikt Schmidt gesagt hat, und daher bitte ich sie, dem Antrag zuzustimmen.

Gert Ruder: Ich schliesse mich Kurt Lanz an. Es ist völlig richtig, wenn wir den Antrag von Benedikt Schmidt unterstützen. So, wie es GR Stefan Löw gerade erzählt hat, ist es in falscher Reihenfolge, d. h. „wir machen und schauen später“ ist gerade passiert d. h. wir machen das Schiff weg und schauen dann. Normalerweise ist es umgekehrt und deshalb sollten wir den Antrag von Benedikt Schmidt unterstützen.

GR Stefan Löw: Ich muss präzisieren. Es gab einen anderen Grund, das Schiff zurückzubauen; dies geschah aus Sicherheitsgründen. Vorher wurde es die letzten zwei Jahre immer wieder gesichert und soweit instand gestellt. Gefahr bestand darin, dass es durch mehrere Kinder in Schwung gekommen wäre und diese Verantwortung wollte der Gemeinderat nicht übernehmen. Dies führte zum Rückbau und für uns war klar, dass man nicht an demselben Standort etwas für sehr, sehr viel Geld aufbaut. Die Überlegungen sind also schon vorausgegangen.

Stephan Bregy: Ich bin wieder verunsichert und weiss nicht, über was genau abgestimmt werden soll, denn schliesslich haben wir keine Dokumentation erhalten. Bitte präzisieren.

Benedikt Schmidt: Das Piratenschiff stand dort und in der Zwischenzeit wurde es abgerissen. Mit dem Planungsantrag möchte ich, dass die Gemeinde einen verbindlichen Auftrag hat, mitsamt einem Termin, hier etwas zu machen. Es ist schön, wenn man einen Plan hat und darüber redet, aber es fehlt ein verbindlicher und terminierter Auftrag dazu. Das Geld ist schon in der Investitionsrechnung enthalten und für diese Jahre vorgesehen. Es handelt sich bei meinem Antrag also um einen Anstoss für den Gemeinderat und die Verwaltung, dieses auch wirklich zu einem festen Zeitpunkt zu realisieren, was gemäss Investitionsrechnung auch vorgesehen ist. Ohne Motivation wird es nach hinten geschoben und irgendetwas anderes vorgezogen.

Abstimmung

Der Rat beschliesst den Planungsantrag der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Benedikt Schmidt, mit 26 Ja zu 9 Nein bei 3 Enthaltungen:

://: Im Abschnitt Plan wird die Aufzählung ergänzt durch „Ein Ersatz für das Piratenschiff wird bis 2018 erstellt und eine Zwischenlösung angeboten“.

Werner Graber: In Abwesenheit von Eva Keller stelle ich den Antrag für sie, in Ergänzung im Abschnitt Zielgruppen und Wirkungen Strich zwei „Vereinen stehen gute Infrastrukturen zu günstigen Preisen zur Verfügung“ zu ergänzen mit „Diese Anlagen sind vor allem im Bereich der Nasszellen in einem funktionstüchtigen Zustand und auf einem hohen hygienischen Standard“. Begründung: Es ist auch wichtig, dass die aktiv in den Turnhallen Sport treibenden Einwohnerinnen und Einwohner anständige, funktionierende Duschen und Garderoben haben. Dies ist nicht überall so und daher diese Ergänzung. Ich bitte sie, dieser Ergänzung zuzustimmen. *Antrag Werner Graber*

GR Rolf Wehrli: Als ehemaliger Sanitär freut mich dieser Antrag besonders, muss ihn aber trotzdem ablehnen. Es heisst im Text von „guten Sport- und Freizeitanlagen“ und wenn man davon spricht, darf man erwarten, dass die Nasszellen in einem Zustand sind, dass man duschen kann. Wir brauchen nicht vergoldete Armaturen, wir brauchen funktionstüchtige Armaturen und diese werden regelmässig im Unterhalt gewartet oder ersetzt und die Bezeichnung „gute“ ist völlig ausreichend.

Gert Ruder: Es ist schön, was GR Rolf Wehrli erzählt hat und dass es selbstverständlich sei. Aber so selbstverständlich ist es nun auch wieder nicht und in der Investitionsrechnung auch nicht abgebildet. In der Investitionsrechnung finden wir „Schulhaus Aegelmatt San. WC-Anlagen“ aber für das Schulhaus Erli finden wir nichts zu San. und WC-Anlagen. Warum ist dies so? Dazu hätte ich gerne eine Begründung.

Andreas Seiler: Ich schliesse mich dem Votum von GR Rolf Wehrli an, dass der Zusatz nicht notwendig ist, weil es mit „guten Anlagen“ schon abgedeckt ist, wobei sich „gute“ nicht nur auf die sanitären Anlagen beziehen soll, sondern auf alles andere in diesem Gebäude, sei es die Heizung oder die sportliche Ausrüstung innen oder aussen. Was gemacht werden muss, muss innerhalb des finanziellen Rahmens bei allen Anlagen innerhalb der ganzen Gemeinde gemacht werden und nicht nur bei einzelnen Anlagen, wie Gert Ruder erwähnt hat.

Kurt Lanz: Eva Keller hat in einer Fragestunde schon früher nach den sanitären Installationen im Schulhaus Erli gefragt und es ist genau der Vorteil des Globalbudgets, dass wir daran festhalten, dass die sanitären Installationen gemacht werden müssen. Der Gemeinderat hat gehört, von welchen Anlagen wir reden und der Gemeinderat kann schauen, wo er an anderem Ort einsparen kann. Dies ist das Globalbudget und sie stimmen dem Antrag von Eva Keller zu und der Gemeinderat bringt es in Ordnung und weiss nach dieser Diskussion auch wo und was.

Christoph Pfirter: GR Christine Gogel hat vorhin gesagt, man solle nicht beginnen, Erbsen zu zählen. Ich glaube, wir zählen momentan Grieskörner und nicht mehr Erbsen. Die Einen wollen ein Spielschiff im Globalbudget, die Anderen eine Duschanlage und es könnte ja sein, dass in einem Schulhaus der WC-Deckel nicht mehr so schön ist. Wir behandeln ein Globalbudget, sonst machen wir alles rückgängig und können über Grieskörner diskutieren. Was hier läuft, ist für mich jenseits.

Andrea Klein: Wir dürfen dem Gemeinderat auch vertrauen. Es ist das erste Mal, dass wir ein solches Globalbudget haben und wenn der Gemeinderat sagt, dass sich die gute Qualität auf alles beziehe, dann soll es der Gemeinderat auch beweisen. Wenn es im nächsten Jahr nicht gekommen ist, haben wir gute Gründe für Kritik.

Abstimmung

://: Der Rat lehnt den Planungsantrag der SP-Fraktion, Werner Graber (in Abwesenheit von Eva Keller), mit einem grossem Mehr ab, im Abschnitt Zielgruppen und Wirkungen die Aufzählung 2 mit „Diese Anlagen sind vor allem im Bereich der Nasszellen in einem funktionstüchtigen Zustand und auf einem hohen hygienischen Standard“ zu ergänzen.

Aufgabenfeld 08 GGA

Petra Ramseier: Fragen zu diesem Geschäftsfeld: Welches ist der Aktionsplan Pro GGA-Pratteln? Darüber wissen wir nichts und können daher auch nichts beurteilen. Zu den Investitionen: Hat die GGA auch vor, nicht nur zu erneuern, sondern auch technisch auszubauen, beispielsweise Fiber-to-the-home? Ist dies Bestandteil des Aktionsplanes oder muss es neu aufgegriffen werden?

GR Urs Hess: Swisscom will der GGA Konkurrenz bieten und deshalb planen wir eine Aktion, die uns möglichst viele Leute bringt, die unser GGA-Netz brauchen. Wir sind daran, diese Aktion aufzugleisen, so dass ich Details noch nicht bekannt geben möchte. Wir werden selbstverständlich unseren Marktanteil behaupten und da bin ich zuversichtlich, weil wir gute Produkte haben. Wir müssen aber auch wissen, dass wir als Gemeinde, als GGA, das Netz zur Verfügung stellen. Es gibt andere Anbieter, die auch ein Netz zur Verfügung stellen und darauf befindet sich in primär das Fernsehen. Die meisten von euch haben noch das Internet, das über Improware läuft, was eigentlich unsere Providerfirma ist. Es gab noch die zweite Frage: Hauptsächlich haben wir die Glasfaserkabel auf einem guten Stand und momentan ist man daran, Fiber-to-the-home einzuführen, was sich aber nicht wahnsinnig lohnt und Fiber-to-the-street haben auch schon andere Anbieter. Mit unserem Kabelnetz können wir etwas anbieten, von dem andere Anbieter noch träumen. Wir sind laufend am Ausbau des Netzes und daher haben wir nicht plötzlich ein grosses Loch in der Kasse, wie es andere Gemeinden schon hatten.

Kurt Lanz: Ich betrachte die GGA immer etwas speziell. Was muss ich verstehen unter: „Die Rechtsform der GGA ist vertraglich geregelt“? Geht es in die Richtung, die Benedikt Schmidt schon erwähnt hat: „Bleibt vertraglich geregelt“, sonst müsste ich annehmen, dass es bisher nicht vertraglich geregelt ist.

GR Urs Hess: 1983 wurde unsere Regelung abgeschlossen und heute geht es darum, eine Rechtsform zu finden, in der weiterhin alle Gemeinden eingebunden sind. Wir haben heute eine Kopfstation und verschiedene Gemeinden, die unser Signal beziehen und diese wollen wir an die GGA-Pratteln anbinden. Eine AG ist ja gescheitert und Ziel soll sein, dass alle Gemeinden, die jetzt schon dabei sind, besser eingebunden werden, damit wir als Gemeinde auch den letzten Meter behalten können.

Aufgabenfeld 09 Gesundheit und Alter

Andreas Moldovanyi: Gesundheit und Alter heisst dieses Kapitel und wenn man es genau durchliest, sieht man zahlreiche Wörter, aber „Gesundheit“ kommt nicht vor, ausser im Gesundheitsgesetz. Deshalb beantrage ich Ergänzungen. Bei den aufgeführten Zielen geht es darum, einen besseren Umgang mit Pflegebedürftigkeit zu finden und zu sehen, dass pflegebedürftige Personen möglichst lange zu Hause bleiben können. Es geht nicht darum, eine Pflegebedürftigkeit zu verhindern oder hinauszuzögern. Dies kann man aber mit relativ einfachen Mitteln. Im Gesundheitsgesetz, hier aufgeführt als eine der Rechtsgrundlagen, steht auch: „Es zielt darauf ab, die Einwohnerinnen und Einwohner zur Erhaltung ihrer Gesundheit zu befähigen und für die Gesundheit günstige Lebensbedingungen zu fördern“. Deshalb beantrage ich, dass im Abschnitt Zielgruppen und Wirkungen die Aufzählung mit „Die Bevölkerung Pratteln wird befähigt und unterstützt, gesund zu altern“, ergänzt wird und im Abschnitt Ziele als oberstes Ziel „Präventive Massnahmen gegen zu frühe Gebrechlichkeit und Demenz sowie Massnahmen für ein aktives Altern werden laufend geplant und überprüft“ ebenso. Weiter soll im Abschnitt Plan die Aufzählung durch „Ein Konzept zu aktivem Altern in Pratteln wird erstellt“ und „Das durchschnittliche Eintrittsalter in ein Pflegeheim wird in den nächsten 10 Jahren um ein Jahr erhöht“ eingefügt werden. Damit kann man hunderttausende von Franken sparen. Ein Jahr Aufenthalt in einem Pflegeheim kostet rund CHF 100'000. Wenn nur einige wenige Fälle um ein Jahr verzögern, sparen wir bis zu mehreren Millionen. Viele Gemeinden in der Schweiz, in Frankreich und Deutschland haben dieses Konzept bereits entwickelt. Von der WHO wurde es schon 2002 vorgeschlagen und wir sollten dort mitziehen.

Anträge Andreas Moldovanyi

Andrea Klein: Eine Frage zum Planbeschluss: Kann dort ein Schreibfehler enthalten sein? Es steht dort „Durchschnittliche Pflegestufe beim Eintritt ins Alters- und Pflegeheim kleiner Stufe 2“. Soweit ich aus eigener Erfahrung weiss, wird man bei Pflegestufe 5 von den Gebühren der Billag befreit und mit einer Pflegestufe 2 ist eine Person noch nicht reif fürs Pflegeheim.

GR Emanuel Trueb: Diese Formulierungen zeigen ein Stück weit, dass wir uns auf die Instrumente fokussieren, die wir kennen und bei denen wir Erfahrung haben. Die Formulierung, wie sie Andreas Moldovanyi vorschlägt, stammt ja aus einem übergeordneten Gesetz und dieses gilt ja für uns und unabhängig davon, was hier im AFP steht. Wir haben uns jetzt im Umgang mit älteren Personen auf diejenigen fokussiert, die pflegebedürftig werden. Dies steht in unserer Verantwortung und verursacht am meisten Kosten und darum kommt das Thema Pflege hierin sehr prominent vor. Es kann sein, dass wir im Verlaufe der nächsten Jahre noch andere und zusätzliche Erfahrungen machen, wie wir verstärkt in der Prävention tätig werden können. Aus der laufenden Erfahrung heraus haben wir uns klar auf die Pflege konzentriert. Daher würde ich in jetziger Phase noch keine andere Formulierung suchen. Unter dem hier Geschriebenen können wir uns etwas vorstellen und es ist eingeübt. Zum Eintrittsalter: Dies ist richtig und ist auch das Ziel von allem, was wir machen. Wir schauen, dass die pflegebedürftigen Menschen möglichst lange zu Hause gepflegt werden und möglichst lange selbstständig bleiben. Wenn wir nun als Zielsetzung das eine Jahr einsetzen, weiss ich nicht, mit welchen Mitteln wir dies noch beeinflussen können. So gesehen bin ich zurückhaltend und empfehle ihnen, die Formulierung vorerst zu belassen. Dies heisst nicht, dass die damit verbundenen Überlegungen und Feststellungen nicht wichtig sind.

Andreas Moldovanyi: Die Feuerwehr kommt, wenn das Haus brennt. Bevor es brennt, kann man Massnahmen ergreifen, dass es nicht oder nur schwer brennt. Deswegen müssen wir uns nicht auf das fokussieren, was sehr viel Geld kostet. Deine Unsicherheit zeigt mir, dass Handlungsbedarf besteht und man nicht zuwarten kann und mit jedem Jahr, das zugewartet wird, wird Geld verlorcht. Ich selber habe hier eine Zusatzausbildung gemacht und einen DAS in Public Health mit Schwerpunkt über aktives Altern und

Gesundheit im Alter und Armut und Gesundheit. Die Konzepte sind sehr einfach, wirksam und bereits mit wenigen Massnahmen kann man viel erreichen. Man muss das Rad nicht neu erfinden, kann Konzepte von anderen Gemeinden anschauen und eventuell übernehmen. Man kann dies ohne einen Budgetantrag mit dem vorhandenen Budget durchführen.

GR Emanuel Trueb: Ich zweifle die Kompetenz von Andreas Moldovanyi keineswegs an, empfehle aber, das Altersleitbild der Gemeinde Pratteln zu lesen. Dort ist dieses Konzept sehr ausführlich dargestellt.

Andreas Seiler: GR Emanuel Trueb hat die Ablehnung schon empfohlen und ich kann diesem so zustimmen und wir müssen hier nichts Neues in den AFP schreiben. Wenn es so einfach ist, frage ich mich, wieso die Gemeinde überhaupt etwas machen muss. Ist es überhaupt sinnvoll, wenn es jede Gemeinde macht oder müsste man es nicht regional oder sogar kantonal machen? Ein Konzept entwerfen kostet immer Geld, Aufwand und Zeit. Braucht es jede Gemeinde einzeln und wenn es kein so grosser Aufwand ist, muss es dann explizit in den AFP geschrieben werden? Der Gemeinderat kann es ja auch selber machen, wenn es nur wenig kostet und wenn es dies nicht braucht, macht er es nicht. Es braucht hier keine Ergänzung. Die Ergänzung ist relativ umfangreich formuliert und die Bedeutung erschliesst sich für mich nicht. Darum bin ich der Meinung, dass es die Entwicklungskommission anschauen kann und wir nicht schnell, schnell einen Antrag durchwinken, von dem auch der Gemeinderat findet, dass er nicht notwendig ist.

Kurt Lanz: Fakt ist, wenn der Gemeinderat sagt, dass uns die Pflege viel kostet, dann kostet es uns viel. Es kostet uns nicht viel, weil wir nicht zuständig sind, sondern eben weil wir zuständig sind. Wenn wir das Gefühl haben, der Kanton als übergeordnete Organisation solle es machen, müsste ich Andreas Seiler grundsätzlich Recht geben. Aber bei diesem Kanton mit solch klammen Finanzen kommen wir garantiert nicht weiter. Darum bitte ich sie, dies bei uns zu verankern, damit wir etwas dafür machen.

Christoph Pfirter: Ich stimme Andreas Moldovanyi voll zu. Meine Frau und meine Tochter sind beide im Gesundheitswesen tätig und ermahnen auch immer, mich mehr zu bewegen. Wenn ich das nicht will, will ich es nicht und man kann Studien und Gutachten machen und es in den AFP schreiben. Es nützt nichts. Wenn man in die Wirtschaft geht und um 4 Uhr sagt, sie sollen aufhören, Alkohol zu konsumieren, machen sie es auch nicht. Nichts gegen die Idee, aber es muss jeder selber älter werden wollen. Wir werden nicht älter, weil wir einen Gutachter haben, und wenn du jemanden ein Jahr später ins Altersheim bringen willst, ist dies gut. Aber wenn du selber gehen musst, dann musst du gehen und anderes können wir noch lange aufschreiben. Die Idee von Andreas Moldovanyi ist gut, aber es nützt nichts, wenn wir hier viel schreiben.

Andreas Moldovanyi: Es ist genau nicht so, dass das Individuum dafür zuständig ist, sondern Aufgabe der öffentlichen Hand und dies ist in diesem Fall nicht der Kanton, sondern die Gemeinde. Die Gemeinde befähigt die Bevölkerung dazu, klärt sie auf, gibt Anleitung und Unterstützung, diese Massnahmen zu ergreifen. Ich habe nicht gesagt, dass es einfach ist. Das Konzept zu erstellen ist einfach, was nachher weiter abgeleitet wird, könnte kosten, aber dies ist hier nicht das Thema.

Abstimmungen

://: Der Rat lehnt den Planungsantrag der SP-Fraktion, Andreas Moldovanyi, mit 17 Nein zu 16 Ja bei 5 Enthaltungen ab, im Abschnitt Zielgruppen und Wirkungen die Aufzählung mit „Die Bevölkerung Prattelns wird befähigt und unterstützt, gesund zu altern“ zu ergänzen.

- //: Der Rat lehnt den Planungsantrag der SP, Andreas Moldovanyi, mit 18 Nein zu 13 Ja bei 7 Enthaltungen ab, im Abschnitt Ziele als oberstes Ziel „Präventive Massnahmen gegen zu frühe Gebrechlichkeit und Demenz sowie Massnahmen für eine aktives Altern werden laufend geplant und überprüft“ zu ergänzen.
- //: Der Rat lehnt den Planungsantrag der SP-Fraktion, Andreas Moldovanyi, mit 19 Nein zu 12 Ja bei 7 Enthaltungen ab, im Abschnitt Plan die Aufzählung durch „Ein Konzept zu aktivem Altern in Pratteln wird erstellt“ und „Das durchschnittliche Eintrittsalter in ein Pflegeheim wird in den nächsten 10 Jahren um ein Jahr erhöht“ zu ergänzen.

Aufgabenfeld 10 Gesetzliche Sozialhilfe und Arbeitsintegration

Keine Wortmeldungen.

Aufgabenfeld 11 Soziale Unterstützung

Benedikt Schmidt: Ich bitte den Gemeinderat, auf das nächste und die folgenden Jahre zu ergänzen, um welchen Zeitraum es sich für diese 3 Personen im Abschnitt Plan handelt. Unter dem Abschnitt Ziele müsste es statt Sozialhilfe soziale Unterstützung heissen.

Aufgabenfeld 12 Asylwesen

Keine Wortmeldungen.

Aufgabenfeld 13 Kindes- und Erwachsenenschutz

Keine Wortmeldungen.

Aufgabenfeld 14 Verkehr und öffentliche Anlagen

Benedikt Schmidt: Wir unterstützen die Anträge der RPK. Im Text zu „Plan“ begrüßen wir, wenn nächstes Jahr konkrete Jahreszahlen enthalten sind, damit man weiss, wann diese Vorhaben realisiert werden sollen. Wir haben in der Investitionsrechnung für Lärmsanierungen CHF 1 Mio. vorgesehen. Grössere Ausgaben sollen in den Abschnitten Ziele und Plan genannt werden. Die Neugestaltung der Bahnhofstrasse für CHF 5.6 Mio. mit dem Konzept Metron soll hier genannt werden. Bevor es so weit ist und wir zustimmen sollen, möchten wir noch mehr wissen. Auch das Thema Umbau Schmittiplatz für CHF 1 Mio. sähen wir gerne im Detail, bevor wir zustimmen.

Philippe Doppler: Benedikt Schmidt hat schon vorweggenommen, dass die RPK zu diesem Aufgabefeld zwei Anträge hat. Der erste Antrag betrifft den Ortsbus, wo der Einwohnerrat am 29. Juni 2015 einen weiteren Versuchsbetrieb von 3 Jahren bis 2018 beschlossen hat. Die RPK schlägt daher vor, die Zielformulierung wie folgt zu ändern: „Unter der Voraussetzung eines positiv verlaufenen Versuchsbetriebs, ist der Ortsbus definitiv eingeführt“.

Antrag RPK

Abstimmung

Der Rat beschliesst den Planungsantrag der RPK mit grossem Mehr bei 2 Enthaltungen:

- //: Die Zielformulierung „Der Ortsbus ist definitiv eingeführt“ wird wie folgt geändert: „Unter der Voraussetzung eines positiv verlaufenen Versuchsbetriebs, ist der Ortsbus definitiv eingeführt“.

Im Ausstand Dieter Schnetzer und Andrea Klein.

Philippe Doppler: In zweiten Antrag der RPK geht es um die Unterführung Fröschmatt. Im Abschnitt Plan steht „Realisierungsreife Planung zum Ausbau der Unterführung Fröschmatt bis 2021“. Die RPK ist der Meinung, es müsse heissen „Ausbau der Unterführung Fröschmatt bis 2021“.
Antrag RPK

GR Stefan Löw: Der Gemeinderat hat ja gesagt, dass er den Anträgen der RPK zustimmt und darum braucht es von meiner Seite aus keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Rat beschliesst den Planungsantrag der RPK mit grossem Mehr bei 2 Enthaltungen:

://: Im Abschnitt Plan wird die Formulierung wie folgt geändert: „~~Realisierungsreife Planung zum Ausbau der Unterführung Fröschmatt bis 2021~~“.

Aufgabenfeld 15 Wasserversorgung

Philippe Doppler: Im Abschnitt Plan steht „Wasserverlust der Leitungen zwischen 2-4 Liter pro min. und km“. Die RPK ist der Meinung, der Wasserverlust dürfe auch kleiner als 2 Liter pro min. sein und beantragt folgende Änderung: „Wasserverlust der Leitungen <4 Liter pro min. und km“.
Antrag RPK

Abstimmung

Der Rat beschliesst den Planungsantrag der RPK einstimmig:

://: Im Abschnitt Plan wird die Formulierung „Wasserverlust der Leitungen zwischen 2-4 Liter pro min. und km“ durch folgenden Wortlaut ersetzt: „Wasserverlust der Leitungen <4 Liter pro min. und km“.

Philippe Doppler: Der zweite Antrag der RPK betrifft den Abschnitt Plan: Dort steht das Wort „Notlagen“ alleine und verlassen und es wurde von der Verwaltung bestätigt, dass dies ein Fehler ist. Im Abschnitt Plan wird also der Begriff „Notlagen“ ersatzlos gestrichen.
Antrag RPK

Abstimmung

Der Rat beschliesst den Planungsantrag der RPK mit grossem Mehr:

://: Im Abschnitt Plan wird der Begriff „Notlagen“ ersatzlos gestrichen.

Aufgabenfeld 16 Abwasserbeseitigung

Benedikt Schmidt: Im Abschnitt zu Plan steht, dass die Entwässerungsplanung bis 2020 erstellt sein soll. Wenn man im Aufgabenfeld 19 nachschaut, wo es um Salina Raurica geht, steht dort, dass alles bis 2019 realisiert sein soll. Warum soll die Entwässerungsplanung ein Jahr später kommen?

GR Stefan Löw: Beim Aufgabenfeld 19 ist die Rede von den Sondernutzungsplänen und Aufgabenfeld 16 bezieht sich alleine auf die Entwässerungsplanung.

Petra Ramseier: Die RPK sagt in ihrem Bericht Kapitel 3.4 Spezialfinanzierungen: „Für die Abwasserbeseitigung ist die Erstellung und Umsetzung des generellen Entwässerungsplanes (GEP) vorgesehen“ und wenn ich die Planung im Aufgabenfeld anschau, ist der GEP schon erstellt. Ist der GEP schon erstellt und nur noch die Umsetzung fällig?

Philippe Doppler: Aus Sicht der RPK ist die Umsetzung noch nicht erfolgt und dafür auch Geld zurückgestellt. Petra Ramseier bezieht sich auf die Formulierung „Aktualisierung GEP aus dem Jahre 1996“ (wichtige Projekte).

Aufgabenfeld 17 Abfallbewirtschaftung

Petra Ramseier: Was versteht man unter „Raumpatenschaft“?

GR Stefan Löw: Es handelt sich um Vereinbarungen beispielsweise mit Schulklassen oder der Schule, die die Reinigung umfassen. Man könnte dies auch auf das KUSPO und das Schloss ausweiten. Für diese Reinigungs- und Unterhaltsarbeiten erhalten sie eine geringe Entschädigung, die für Schulreisen oder Ähnliches verwendet werden. Dies wollen wir verstärken.

Aufgabenfeld 18 Landschaftspflege, Umweltschutz und Energie

Philippe Doppler: Die Formulierung lautet: „Keine Weiterausbreitung: Einschätzung Naturschutzkommission/Werkhof“. Es geht um die invasiven Neophyten und entsprechend beantragen wir den Wortlaut zu ändern: „Keine Weiterausbreitung von invasiven Neophyten: Einschätzung Naturschutzkommission / Werkhof“. *Antrag RPK*

Benedikt Schmidt: Wir unterstützen den Antrag der RPK. Es heisst im Abschnitt Ziele: „Pratteln bleibt Energiestadt“, aber der Massnahmenplan endet 2017. Was folgt nachher?

GR Stefan Löw: Der Massnahmen- und Aktionsplan existiert und es findet ein Re-Audit statt. In diesem Zusammenhang wird der Massnahmen- und Aktionsplan erneuert. Wir müssen dieses Label immer wieder neu verdienen und uns in diesem Bereich steigern. Dieser Plan endet 2017 und wird dann erneuert. Und nach diesem wird dann weitergearbeitet.

Abstimmung

Der Rat beschliesst den Planungsantrag der RPK einstimmig:

://: Im Abschnitt Plan wird der Wortlaut „Keine Weiterausbreitung: Einschätzung Naturschutzkommission/Werkhof“ wie folgt ergänzt: „Keine Weiterausbreitung von invasiven Neophyten: Einschätzung Naturschutzkommission / Werkhof“.

Aufgabenfeld 19 Räumliche Entwicklung und Baugesuche

Benedikt Schmidt: Ein wichtiges Projekt ist die Naturgefahrenkarte. Wer macht diese und bis wann? Der Zeitplan für die Sondernutzungspläne ist sehr ambitioniert und wir sind gespannt, ob es zeitlich auch so funktioniert. Wenn man alle Sondernutzungspläne bis 2019 abgeschlossen hat, macht man im Nachhinein im Jahr 2020 ein städtebauliches Entwicklungskonzept. Wenn alles fertig gebaut ist, plant man noch einmal alles im Nachhinein, drückt das Pragma ab und hat dann ein Konzept. So gesehen finden wir es nicht sinnvoll. Wenn wir schon ein städtebauliches Entwicklungskonzept haben, machen wir es vor den anderen Planungen, haben eine Leitlinie und dann erst die Sondernutzungspläne. Unser Antrag lautet also: „Städtebauliches Entwicklungskonzept bis 2018“.

Antrag Benedikt Schmidt

GP Stephan Burgunder: Wir sind in der Weihnachtszeit, in der man sich etwas wünschen kann. Ich wünsche mir, dass solche Fragen schon in der RPK behandelt werden, was für uns einfacher und effizienter wäre. Benedikt Schmidt will das städtebauliche Konzept früher. Wir grundsätzlich auch und strategisches Vorgehen ist anders: Zuerst eine Strategie, aus der abgeleitet wird. Es ist nun so, dass die Investoren in den Startlöchern stehen. Die Gespräche mit Coop bzw. Logis Suisse wurden bereits geführt, ebenso mit Waser, Hug und Salina Raurica. Wir können die Entwicklung nicht bremsen. In der Entwicklungskommission bestehen gewisse Vorstellungen und auch der Gemeinderat hat welche, die in die Gespräche einfließen. Ziel ist, dass sich die einzelnen Planungen auf den einzelnen Baufeldern einer zukünftigen Gesamtplanung nicht widersprechen. Diese Planung lässt sich mit den vorhandenen Kapazitäten schlichtweg nicht bis 2018 durchführen und die notwendigen Kapazitäten haben wir auf der Verwaltung und im Gemeinderat überhaupt nicht. Zur Naturgefahrenkarte: Diese ist erarbeitet, sollte im Januar im Gemeinderat behandelt werden und im Februar oder März im Einwohnerrat.

Benedikt Schmidt: Ich danke den Ausführungen des Gemeindepräsidenten, ziehe meinen Antrag zurück und komme in einem Jahr mit einem Streichungsantrag, weil diese Vorgehensweise keinen Sinn ergibt.

Andreas Moldovanyi: Mir geht es um die Einführung zweier Begriffe. Der eine Begriff ist die Nachhaltigkeit und der andere die Resilienz. Ich bin der Ansicht, dass es nicht nur der Bevölkerung gefallen muss, sondern auch unseren folgenden Generationen und dies sollte auch so schriftlich festgehalten werden. Mit Resilienz möchte ich einen Begriff einführen, der sich in der modernen Städteplanung bewährt hat und beinhaltet, dass das gesamte Stadtbild und die Infrastruktur einen Beitrag zur psychischen und physischen Erholung für die Bevölkerung und damit Stärkung der Widerstandskraft der Bewohner beiträgt. Ich möchte diese beiden Begriffe in den Abschnitt Zielgruppen und Wirkungen und Plan eingeführt wissen.

Anträge Andreas Moldovanyi

GP Stephan Burgunder: Auch dies ist ein Punkt, den man aus meiner Sicht im Rahmen der Legislaturziele durchaus diskutieren kann, aber zum heutigen Zeitpunkt ist es falsch. Es geht ja um ein städtebauliches Konzept. Was der Inhalt dieses Konzeptes ist, muss separat angeschaut werden. Wie viel Geld der Einwohnerrat dafür spricht, ist ein weiterer Punkt. Weil dieses Konzept zeitlich weit im Voraus liegt, muss der Antrag gestrichen werden.

Andreas Seiler: Ich bin der Meinung, dass beim Bauen und in der Raumplanung heute die Nachhaltigkeit durch das übergeordnete Recht und die Verfahren schon genügend berücksichtigt ist und darum als zusätzlicher Punkt hier nicht notwendig. Zur erwähnten Resilienz stellt sich die Frage, ob alle hierin dieselbe Meinung dazu haben, oder ist es schlussendlich nur ein Wort für etwas, das eine politische Entscheidung darstellt, je nachdem wie man dazu steht oder denkt und einen ganz anderen Hintergrund hat. Gewisse Personen finden die Hochhäuser schön, andere nicht und diesen widerspricht es, weil sie sie negativ finden. Für andere ist es attraktiver Wohnraum, wie für mich auch.

Darum macht es für mich keinen Sinn, solch einen Satz aufzunehmen. Wir müssen hier in eine politische Entscheidung, beispielsweise auch über Quartierpläne, treffen oder auch über andere Konzepte und das Andere ist meiner Meinung nach schon durch das übergeordnete Recht abgedeckt.

Gert Ruder: Ich bitte sie, den Antrag von Andreas Moldovanyi zu unterstützen. Er hat ja gesagt, was es bedeutet und wir wissen, dass wenigstens einer der anwesenden Gemeinderäte sagt, dass Bäume in den Wald gehören. Ich bin nicht der Meinung, dass es im Siedlungsgebiet keine Bäume geben darf und der Gemeinderat sollte bereit sein, eine solche Erklärung entgegen zu nehmen und ich bitte sie, den Antrag zu unterstützen.

Abstimmungen

://: Der Rat lehnt den Planungsantrag der SP-Fraktion, Andreas Moldovanyi, mit 20 Nein zu 17 Ja bei 1 Enthaltung ab, im Abschnitt Zielgruppen und Wirkungen die Aufzählung mit „die städtebauliche Entwicklung Prattelns beinhaltet stets auch die Aspekte der Nachhaltigkeit und der Resilienz“ zu ergänzen.

://: Der Rat lehnt den Planungsantrag der SP-Fraktion, Andreas Moldovanyi, mit 20 Nein zu 15 Ja bei 3 Enthaltungen ab, im Abschnitt Plan die Aufzählung mit „Ein Resilienz- und Nachhaltigkeitskonzept wird erstellt und gilt als Grundlage für die weiteren Konzepte“ zu ergänzen.

Aufgabenfeld 20 Wirtschaft

Petra Ramseier: Wirtschaft ist im Moment ein wichtiges Thema in Pratteln. Salina Raurica wird geplant und erschlossen und stellt die Chance für Pratteln dar, etwas Spannendes und Interessantes anzusiedeln. Ich habe zwei Mal nachgeschaut, als ich gesehen habe Aufwand CHF 10'000, Stellenprozente null. Ich frage mich, ist es das, was der Gemeinderat will? Wie macht er sein Standortmarketing? In diesem Aufgabenfeld oder in einem anderen und wie soll das Standortmarketing mit null Stellenprozenten denn aussehen? Bei den Stellen auf Seite 19 steht „Sicherheitsbeauftragter“; was ist damit gemeint?

GP Stephan Burgunder: Den Sicherheitsbeauftragten gibt es nicht – es handelt sich um einen Fehler. Zum Stelleneinsatz: Während des Budgetprozesses mussten wir Federn lassen. Der Stelleneinsatz wird primär vom Gemeinderat und von mir als Gemeindepräsident geleistet. Dies ist im Aufgabenfeld 01 enthalten und wir haben darauf verzichtet, es zu trennen und in den einzelnen Aufgabenfeldern separat auszuweisen. Weiter gibt es einen kleinen Betrag von CHF 4'000 für Networking-Anlässe. Wenn man es im Detail anschaut, könnte man es auch ins Aufgabenfeld 20 verschieben und wir hätten hier im Feld 20 CHF 4'000 mehr Budget. Wenn wir dies bei den Legislaturzielen diskutieren und feststellen, dass wir in diesen Bereich wirklich mehr investieren wollen, kann man es verschieben. Zu bemerken ist, dass die Standortförderung primär vom Kanton betrieben wird und der Kanton mit den Interessenten zu uns kommt. Wir sind hier nicht alleine unterwegs und der Kanton macht auch etwas für uns.

Andrea Klein: Zu den Kennzahlen: Welches ist die Definition eines Grossunternehmens? Im Korrigendum II steht, dass wir noch ein einziges Grossunternehmen haben und ich hoffe, dass es nicht die Rohner AG ist. Ein einziges Grossunternehmen erscheint mir wenig.

GP Stephan Burgunder: Ich kann diese Frage auch nicht beantworten. Die Zahlen wurden vom Kanton gerade frisch geliefert und ich werde dir Bescheid geben.

Aufgabenfeld 21 Steuern

Keine Wortmeldungen.

Aufgabenfeld 22 Finanz- und Lastenausgleich

Keine Wortmeldungen.

Aufgabenfeld 23 Vermögens- und Schuldenverwaltung

Keine Wortmeldungen.

Die Lesung ist hiermit abgeschlossen. Zum Beschlussantrag des Gemeinderats liegt eine Korrigenda vor.

Abstimmungen gemäss Anträgen der RPK

1. Genehmigung Investitionsrechnung 2017

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Die Investitionsrechnung wird genehmigt.

- Für Strassen, Werk- und Energieleitungen werden die Ausgaben bis CHF 1'000'000.00 sowie für alle übrigen Investitionen bis CHF 300'000.00 je Einzelfall ohne Sondervorlagen, mit dem Budget bewilligt.
- Die vorgesehenen Investitionen werden sowohl aus eigenen als auch mit fremden Mitteln finanziert. Der Gemeinderat wird hiermit ermächtigt, die notwendigen Fremdmittel aufzunehmen.

2. Festsetzung der Steuersätze für das Jahr 2017

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: 2.1 Die **Einkommens- und Vermögenssteuer für natürliche Personen** wird auf **58.5% des Staatssteuerbetrages** festgesetzt (unverändert).

://: 2.2 Die **Ertragssteuer für juristische Personen** wird auf **4.95% des steuerbaren Ertrages** festgesetzt (unverändert).

://: 2.3 Die **Kapitalsteuer juristischer Personen** wird auf **2.75‰** festgesetzt (unverändert).

3. Feuerwehrpflichtersatz

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: **Feuerwehrpflichtersatz: 10% des Gemeindesteuerbetrages**, mindestens aber CHF 60.00 (unverändert).

4. Wasserbezugsgebühren

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Auf den Wasserbezugsgebühren wird ein Rabatt von 20% gewährt (unverändert).

5. Festsetzung Hauskehricht-, Sperrgut-, Container- und Grüngutgebühren

GR Stefan Löw: Bei der Festsetzung der Containergebühren für Grüngut im Beschlussantrag des Gemeinderates ist ein Fehler passiert. Wir haben dort bei allen Containergrössen einen um CHF 2.00 zu hohen Betrag eingesetzt und die abzustimmenden Gebühren sind nun in der Korrigenda II aufgeführt.

Fortsetzung Abstimmungen gemäss Anträgen der RPK

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Die Gebühren werden wie folgt festgelegt:

Gebührensäcke, Sperrgutmarken und Containergebühren (inkl. MwSt. 8.0%)
unverändert

a) Gebührensäcke nach Volumen

17 Liter, maximal 3 kg	CHF	0.80
35 Liter, maximal 6 kg	CHF	1.60
60 Liter, maximal 12 kg	CHF	3.20
110 Liter, maximal 18 kg	CHF	4.80

b) Gebührenmarken für Kleinsperrgut und Grobsperrgut als Einzelstücke oder verschnürte Bündel nach Gewicht

(Kleinsperrgut bis 50 x 50 x 100 cm pro Stück, grösser gilt als Grobsperrgut)
pro 6 kg 1 Gebührenmarke CHF 1.60

c) Container für Gewerbe-, Industrie- und Dienstleistungsbetriebe nach Leerungen und Gewicht

pro Leerung	CHF	10.00
pro Kilogramm	CHF	0.216

d) Häckseldienst

Grundgebühr bis 5 Minuten	CHF	25.00
Grundgebühr bis 10 Minuten	CHF	50.00
ab 11. Minute	CHF	4.00 pro Minute

e) Container für Grüngut

bis 140 Liter-Container	CHF	76.00
bis 240 Liter-Container	CHF	146.00
bis 770 Liter-Container	CHF	446.00

6. Festsetzung der Gebühr der Anwohnerparkkarte

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Die Gebühr der Anwohnerparkkarte wird auf CHF 50.00 pro Monat festgesetzt (unverändert).

7. Teuerungsausgleich

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr bei 1 Enthaltung:

://: Es wird keine Teuerungszulage gewährt.

8. Genehmigung Budget 2017

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Das Budget für das Jahr 2017 wird mit einem Aufwandüberschuss von CHF 228'640 genehmigt.

9. Kenntnisnahme Finanzpläne

://: Die im Aufgaben- und Finanzplan 2017 – 2021 integrierten Finanzpläne werden zur Kenntnis genommen.

Fragestunde

Frage 1

„Lädelisterben in Pratteln“ (Andreas Moldovanyi, SP-Fraktion)

GP Stephan Burgunder: Der Gemeinderat bedauert ebenfalls das Lädelisterben im Ortskern. Kurz noch zum Beerdigungsinstitut: Uns sind keine negativen Meldungen bekannt. Im Gegenteil. Auf der Verwaltung sind sehr positive Rückmeldungen eingegangen, dass die Einwohner froh sind, sich Vorort in Pratteln beraten lassen zu können. Über den Standort haben wir selber keinen Einfluss. **Frage 1:** *Ist das Mietpreinsniveau in Pratteln für kleine Läden tragbar?* Der Gemeinderat kennt die einzelnen Mieter der Läden nicht. Die Tragbarkeit muss aber auch aufgrund von Basis Geschäftsmodellen und Businessplänen beurteilt werden. Es ist nicht die Miete alleine, die dabei entscheidend ist. Da ich die Frage nicht abschliessend beantworten kann, habe ich Markus Comment, Präsident der KMU Pratteln gefragt, ob das Mietpreinsniveau zu hoch ist. Auch er hat mir geantwortet, dass er die Mieten im Detail nicht kennt, jedoch feststellt, dass die wenigen Läden im Ortskern die Mieten zahlen können (Fünf GmbH, Los MiMis Armoire, Copy-Shop etc.). Auch weist er darauf hin, dass die Läden, die aufgehört haben, die Schliessung anders begründen (Hobbyhaus altershalber ohne Nachfolgeregelung, Toppharm hat einen strategischen Standortwechsel gemacht). Weitere Läden sind im Eigentum der Ladeninhaber (Bielser Obstbau, Stohler etc.). Deshalb ist Markus Comment der Meinung, dass nicht das Mietpreinsniveau Grund für immer weniger Geschäfte im alten Dorfkern ist. **Frage 2:** *Wird der Gemeinderat die Schaffung von Anreizen für künftige Läden überprüfen?* Der Gemeinderat hat sich auch mit der Bürgergemeinde bereits Gedanken dazu gemacht und was wir dagegen machen können. Auch haben wir im Gemeinderat eine externe Firma eingeladen, die auf solche Themen spezialisiert ist. Das Rezept haben wir noch nicht gefunden. Auch hier geht es um Stadt- und Raumplanung, Architektur, Wirtschaftsgeographie, Marketing etc. Wir müssen im Dorfkern zuerst eine Identität erarbeiten, wo ein Mehrwert entwickeln soll und dann wieder etwas anziehen könnte. Ich habe mir erlaubt von einer Firma eine Offerte einzuholen. Für die Begleitung des Konzeptes werden CHF 50'000 – 100'000 veranschlagt, dann haben wir aber noch nichts umgesetzt. Wir werden das Ganze in Ruhe analysieren und schauen, was wir machen

wollen. Vielleicht gibt es auch bessere Varianten. Wir sind am Anfang dieses Prozesses, machen uns Gedanken und sind auch froh für Anregungen und Ideen. Sobald wir etwas Konkretes haben, werden wir damit in den Gemeinderat gehen und allenfalls Kredit genehmigen lassen. **Frage 3:** *Wie sieht der Gemeinderat die „geschäftliche“ Zukunft des weiteren Ortskernes?* Wenn ich rosig sagen würde, würde ich lügen. Ich sehe in Pratteln überall Schilder mit freien Büro- und Gewerberäumen. Zum Beispiel beim Aquabasilea/Mariott, beim Grüssen, im Ceres Living, bei der Tramendstation. So sieht es auch in Muttenz und Liestal aus. Grundsätzlich ist dies auf zwei Faktoren zurückzuführen: Einerseits auf die Veränderung in unserem Einkaufsverhalten und andererseits aufgrund eines Überangebotes von Ladenflächen. Stückweit müssen wir uns selber an der Nase nehmen; online oder vielleicht auch im Ausland einkaufen, hat in den letzten Jahren zugenommen. Das bestätigen Statistiken. Ich bin überzeugt, dass der Trend zum online-einkaufen zunehmen wird. Neben dem Einkaufsverhalten ist ein Faktor, dass die letzten Jahre insgesamt zu viel gebaut wurde. Auch das bestätigen Statistiken. Es trifft auch nicht nur den Ortskern sondern ganze Regionen. Wir werden versuchen, ein Konzept dem Einwohnerrat vorzuschlagen, damit dem Lädelerben entgegenengewirkt werden kann, aber ich kann euch sagen, dass dies nicht einfach wird.

Die Frage ist beantwortet.

Schlusswort des Gemeindepräsidenten

GP Stephan Burgunder: Ich danke allen, die am Aufgaben- und Finanzplan mitgearbeitet haben. Vor allem geht mein Dank an den Initianten Dieter Stohler, an die Puma Consult, an den ehemaligen Gemeindeverwalter Bernhard Stöcklin und an den ehemaligen Gemeinderat Max Hippenmeyer. Es wurde intensiv an dem wertvollen Papier gearbeitet. Ich bin glücklich, dass wir es jetzt zum ersten Mal so über die Runde gebracht haben und bin zuversichtlich, dass es in Zukunft nur noch besser wird. Danke vielmals und schöne Festtage. (Es folgt ein Applaus.)

Geschäfte Nr. 3022, 3023, 3024 und 3027 nicht behandelt.

Die Sitzung wird um 22.30 Uhr beendet.

Pratteln, 17. Januar 2017

Für die Richtigkeit

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident Das Einwohnerratssekretariat

Jens Dürrenberger Katarina Hammann